

BONN

PRIVATISIERUNG

Der mit der Privatisierung des Bundesvermögens beauftragte Bundesschatzminister Dr. Hermann Lindrath macht durch die Gründung eines Privatisierungsbeirats von sich reden, der das Ministerium bei der Überführung von Bundesbeteiligungen in Privathand beraten soll. Das Expertengremium tritt zu seiner konstituierenden Sitzung am 7. Oktober zusammen. Dem achtköpfigen Gremium gehören so liquidationsgeübte Experten wie der Herausgeber der Wirtschaftszeitschrift „Der Volkswirt“, Dr. Franz Reuter, an, der lange Jahre den Vorsitz im Liquidationsausschuß der IG-Farbenindustrie AG innehatte. Er schied als IG-Liquidator wegen anderweitiger Inanspruchnahme am 27. Mai 1955 aus, kurz nachdem die Vereinigte Textilfabriken AG, Frankfurt am Main, deren Geschehnisse er als Vorstandsmitglied maßgeblich mitbeeinflusst hatte, in Konkurs gegangen war.

ZITAT

„Das ist eine Frage des menschlichen Temperaments. Und ich kann Ihnen eine Sicherheit geben: Es wird nicht das letzte Mal sein, daß das Temperament mit ihm durchgeht.“ (Bundestagsabgeordneter Hans-August Lückert in einer CSU-Versammlung in Mindelheim/Schwaben auf die Frage, wie das Verhalten des Bundesverteidigungsministers gegenüber dem Bonner Verkehrsschutzmann Hahlbohm zu werten sei.)

WIEDERVEREINIGUNG

Die Reise zum Mond

Bundeskanzler Adenauer, der — wie er kürzlich bekundete — das Umlernen-Können für eine staatsmännische Tugend hält, hat an den Ufern des Comer Sees eine These von der deutschen Wiedervereinigungs-Politik, die ihm vor einigen Monaten noch abscheulich schien, zu billigen und zu vertreten gelernt. Bis dahin wurde diese These vornehmlich von Sozialdemokraten und Freien Demokraten angepriesen.

Vor rund 15 Monaten — am 28. Mai 1957 — war Adenauer mit US-Präsident Eisenhower übereingekommen, daß „ein umfassendes (Welt-)Abrüstungsabkommen ... die vorhergehende Lösung der Wiedervereinigungsfrage notwendigerweise voraussetzt“. Das war die seit Genf 1955 klassische Formulierung des sogenannten Junktims zwischen deutscher Wiedervereinigung und Weltabrüstung.

In Cadenabbia hingegen bezeichnete Adenauer jetzt die Auffassung, er habe jemals diese Junktim-Konzeption vertreten, schlicht als einen „Irrtum“. Er erklärte italienischen Journalisten: „Es ist ein Irrtum anzunehmen, wir seien der Auffassung, daß man kein Abkommen über eine kontrollierte Abrüstung schließen solle, ohne gleichzeitig die deutsche Frage zu lösen.“ Ohne jeden Respekt vor archivierten und jedermann zugänglichen



Urlauber Adenauer: Erkenntnisse à la Jules Verne

Dokumenten fügte er hinzu: „Ich habe niemals etwas Derartiges gesagt. Vielleicht haben die Amerikaner das geäußert, aber nicht ich.“

Adenauers erstaunlicher, wenn auch keineswegs überraschender Salto mortale — Andeutungen von dem Gesinnungswechsel des Kanzlers sind schon seit Monaten erkennbar — hat der westdeutschen Öffentlichkeit den seltenen Genuß eines harmonischen Bonner Wiedervereinigungs-Balletts verschafft, bei dem nur Außenminister von Brentano, ein treuer Anhänger der Junktim-Theorie, schmallend abseits steht — was aber in Bonn und anderswo nicht für sonderlich wichtig erachtet wird.

Bis zu des Kanzlers Wandlung gab es zwei Theorien über die Lösung der deutschen Frage,

- ▷ die der Wiedervereinigung durch Rüstung und
- ▷ die der Wiedervereinigung durch Entspannung.

Zumindest die erste ist nun ad acta gelegt. Wieweit die zweite reale Aussichten hat, wird die Zukunft erweisen müssen. Ollenhauer und seine Genossen setzen seit je große Stücke auf sie. Adenauer pflichtete ihnen jetzt bei — so in Cadenabbia: „Wenn es zu diesem (Weltabrüstungs-) Abkommen kommt, wird die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sich schnell lösen lassen.“

Den ersten Schritt auf der neuen Wiedervereinigungs-Bahn tat die Bundesregierung am Dienstag letzter Woche: AA-Ministerialdirektor Dittmann überreichte den

Vertretern der USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreichs eine Note, in der die Großmächte gebeten werden, auf einer internationalen (Gipfel-)Konferenz oder in einem sonstigen Vier-Mächte-Gremium Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten.

Die Art freilich, in der dieser Schritt ausgeführt wurde, ließ wenig Zuversicht erkennen. Der Beschluß des Bundestages, durch den die Bundesregierung mit der Abfassung einer solchen Note beauftragt wurde, war am Dienstag letzter Woche immerhin über zwei Monate alt. Erst hatte man im AA die Ausführung des Auftrags wegen der Nahost-Krise zurückgestellt, dann hatte man ihn aber schlechthin vergessen.

Die Opposition kritisierte auch, daß die Note den Geschäftsträgern der Großmächte nicht vom Außenminister, sondern nur von einem Ministerialbeamten überreicht wurde.

Tatsächlich sind die Hoffnungen, die Wiedervereinigung in irgendeiner Weise fördern zu können, weder im Regierungslager noch in der Opposition sonderlich groß. Das Äußerste, was die Bonner Politik nicht nur nach Ansicht der Regierung, sondern auch der Opposition zur Zeit in der deutschen Frage erreichen kann, ist eine Milderung des Gewaltregimes in der Zone und damit ein Zurückgehen des Flüchtlingsstroms aus der sogenannten DDR nach Westdeutschland.

Das zeigte sich denn auch bei einer interfraktionellen Konferenz, die am Mittwoch der letzten Woche im Bonner Bundeshaus stattfand. Man war sich einig,